

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 44 (1965)
Heft: 3

Artikel: Puerto Rico, der Nationalsozialismus und Lateinamerika
Autor: Fölsche, Ludwig
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-337665>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.05.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Puerto Rico, der Nationalismus und Lateinamerika

Im November 1964 zog die Antilleninsel Puerto Rico erneut die Aufmerksamkeit Lateinamerikas auf sich, als der Nationalistenführer Dr. Pedro Albizu Campos nach zehnjähriger Haft freigelassen wurde und als wenige Tage später der antikoloniale Ausschuß der Vereinten Nationen auf Grund der Beschlüsse der Kairo-Konferenz der asiatischen und afrikanischen Staaten einer Resolution zugunsten der Unabhängigkeit Puerto Ricos und aller andern nichtsoveränen Länder zustimmte. Nach wie vor bleibt indes die seit Jahrzehnten debattierte Frage des Status von Puerto Rico ungelöst.

Puerto Rico (8896 km²) wurde 1493 von Kolumbus entdeckt, ab 1509 von den Spaniern besiedelt (was bald das Aussterben der Taino-Indianer zur Folge hatte) und war bis 1897 spanische Kolonie. Dann erwarb es echte Autonomie unter der spanischen Krone, wurde aber unter Verletzung dieses Rechts ohne Befragung seiner Bevölkerung nach dem Spanisch-Amerikanischen Kriege von Spanien an die Vereinigten Staaten abgetreten und von diesen lange als Kolonie behandelt, hat jedoch trotz den Amerikanisierungsversuchen vor 40 bis 60 Jahren unbeirrt seine spanische Sprache und Kultur bewahrt. 1917 erwarben die Puertorikaner die amerikanische Staatsbürgerschaft, aber erst 1948 durften sie erstmalig ihren eigenen Gouverneur wählen – Luis Muñoz Marin – und sich in den folgenden Jahren eine gewisse Autonomie als «Assoziierter Freistaat» zulegen, der freilich weiter vom amerikanischen Kongreß abhängt und nicht den gleichen Grad der Selbständigkeit genießt, wie ihn die Abmachung von 1897 ermöglichte.

Luis Muñoz Marin (geb. 1898) hat nach dem entsetzlichen Elend, das vor dem Zweiten Weltkrieg in Puerto Rico herrschte, die Industrialisierung des Landes durchgeführt, und zwar überwiegend mit amerikanischem Kapital, das er durch Vergünstigungen anzulocken wußte. Der Aufschwung zwischen 1949 und 1960 ist dramatisch gewesen, der heutige durchschnittliche Lebensstandard doppelt so hoch wie 1940, die Verbesserung der Volksgesundheit und des Schulwesens unleugbar. Puerto Rico wurde zum fortschrittlichsten Lande Lateinamerikas.

Weil der «Assoziierte Freistaat» keiner der 50 Bundesstaaten der USA und im amerikanischen Kongreß nur durch einen Beobachter vertreten ist, zahlen die Puertorikaner, die puertorikanischen Unternehmen und bis jetzt auch die amerikanischen in Puerto Rico keine Bundeseinkommenssteuer. Die aus dieser Sonderstellung und aus der Verbindung mit den Vereinigten Staaten erwachsenden Vorteile haben Muñoz Marin und seiner Demokratischen Volkspartei immer wieder entscheidende Wahlsiege verschafft. Eigentlich tragen nicht wenige von Muñoz Marins Wählern das Ideal der Unabhängigkeit im

Herzen, betrachten es aber als Fernziel und halten den gegenwärtigen Status für eine zeitweilige wirtschaftliche Notwendigkeit. Wie unabhängig, fragen sie, könnte Puerto Rico bei der jetzigen internationalen Lage sein? Müßte nicht die Insel dann entweder ein amerikanischer Satellit ohne die Vorteile der offiziellen Verbindung mit Amerika werden oder den Weg einer neo-stalinistischen Diktatur im Stile Castros gehen? ... Muñoz Marin erklärt allerdings, der «Assoziierte Freistaat» sei zwar noch zu verbessern, aber keine vorläufige, vielmehr eine endgültige, originelle, den besonderen Gegebenheiten Puerto Ricos entsprechende Form¹. (Diese ist übrigens nicht seine Erfindung, sondern die eines amerikanischen Abgeordneten namens Campbell vor etwa vierzig Jahren.)

Trotz dem Aufstieg bleibt Puerto Rico arm. Der Durchschnittslohn des Arbeiters liegt erheblich unter dem Mississippi, des ärmsten USA-Bundesstaates (wobei freilich Puerto Rico, das 20 bis 25 Prozent farbiger Einwohner zählt, keine Rassenfrage kennt). Die Situation der puertorikanischen Landwirtschaft ist wenig günstig, auf eine Industrialisierung der Gebirgsgegenden im Innern kaum zu rechnen. Die Abwanderung aus diesen nach den Städten kann noch nicht genügend von der Industrie und neuen Gewerbszweigen absorbiert werden. Die dichtbevölkerte Insel besitzt außer ihrer Schönheit (Fremdenverkehr!) und der Tüchtigkeit ihrer Menschen kaum natürliche Reichtümer. Besonders seit dem Zweiten Weltkriege wanderten Hunderttausende von Puertorikanern dank der Einrichtung billiger Flüge nach Nordamerika ab; und allein in der Stadt Neuyork leben rund 700 000. Es dürfte im ganzen mehr als 3,5 Millionen Puertorikaner geben, davon 2,5 Millionen auf der Insel, wo sich seit Jahren der hohe Prozentsatz der Arbeitslosen mit rund 13 Prozent trotz neuen Erwerbszweigen gleichbleibt – durch Rückgang des Zuckerrohranbaus, Probleme der übrigen Landwirtschaft und durch die starke Geburtenziffer. Mehrere Fabriken sind von den amerikanischen Unternehmern wieder geschlossen worden, und neue Steuerverordnungen Washingtons können einen Großteil der vielfältigen jungen Industrie gefährden ... Die USA betrachten Puerto Rico als ihr Aushängeschild für Lateinamerika. Aber abgesehen von der Kehrseite der Medaille, ist das Aufblühen Puerto Ricos doch durch ganz spezielle Bedingungen, vornehmlich durch Zugehörigkeit zur nordamerikanischen Republik, möglich geworden, kann also von den andern lateinamerikanischen Ländern nicht einfach nachgeahmt werden. Gewiß sticht die Stabilität der demokratischen Institutionen in Puerto Rico vorteilhaft von den Verhältnissen in den meisten lateinamerikanischen Republiken ab. Aber wie steht es mit der nationalen Freiheit? Die Autonomie Puerto

¹ Die 1953 von der UNO ausgesprochene Anerkennung dieser Form als nichtkolonial ist durch die Resolution vom November 1964 faktisch aufgehoben worden.

Ricos wirkt in Lateinamerika wenig überzeugend, der Status der Insel eher als eine Art neokolonialistische Augenauswischerei, wenn auch der Kolonialismus alten Stils auf der Insel liquidiert wurde.

Dies ist auch die Meinung der republikanischen Opposition in Puerto Rico. Ungefähr ein Drittel der Wähler gab im November 1964 seine Stimme der Republikanischen Staatlichkeitspartei, die Puerto Rico zum 51. Bundesstaat der USA machen möchte und ihren prominentesten Führer, Don Luis A. Ferré, den angesehensten Großindustriellen, Philanthropen und Kunstmäzen der Insel, zum dritten Male für den Gouverneursposten kandidieren ließ. Die Republikaner verlangen die organische Eingliederung Puerto Ricos in die USA, sehen darin keine Gefährdung seiner kulturellen Eigenart, wohl aber eine Garantie gegen den Kommunismus, dessen Einfluß in Lateinamerika sie fürchten. Sie klagen die Demokratische Volkspartei versteckter Sympathie für die Unabhängigkeitsidee an. Und sie weisen darauf hin, daß die Staatlichkeit gleiche Löhne wie in den USA und gleiche Sozialunterstützungen bedeuten würde.

Während die Armen i. A. für Muñoz bzw. seinen von ihm ausgewählten Nachfolger Roberto Sánchez Vilella stimmen, weil ihnen an dem Regierungsprogramm zur Schaffung und Erhaltung neuer Arbeitsplätze gelegen ist und niedrigere Löhne als in den USA zu seinem Gelingen unerlässlich scheinen, setzt sich die Wählerschaft Ferrés nicht zuletzt aus Facharbeitern zusammen, die sich in ihren Stellen ziemlich sicher fühlen, nachdem ihnen das Regierungsprogramm bereits zugute gekommen ist, und die nun nicht mehr bloß nach Arbeit, selbst zu niedrigeren Löhnen, zu streben brauchen, vielmehr für ihre Arbeit den gleichen Lohn wie auf dem nordamerikanischen Festland wünschen. Dazu tritt das Prestige amerikanischer Macht und Technik und die gefühlsmäßige Bindung durch das gemeinsam vergossene Blut, durch die von puertorikanischen Veteranen und ihren Familien lebhaft empfundene Waffenbrüderschaft mit den USA in drei Kriegen. Der amerikanische Einfluß ist zudem in der Emanzipation der puertorikanischen Frau und in Dingen des täglichen Lebens nicht zu verkennen.

Präsident Eisenhower erklärte seinerzeit, wenn die Puertorikaner unabhängig sein wollten, könnten sie die Unabhängigkeit haben. Die Wählerzahl der Unabhängigkeitspartei ist aber immer weiter zurückgegangen. 1964 erlangte sie nur 3 Prozent der Stimmen¹. Doch die Liberal-Demokratische Unabhängigkeitspartei unter Gilberto Concepcion de Gracia mit ihren streng legalen Methoden repräsentiert nur einen Teil der Unabhängigkeitsbewegung, während der revolutionäre Sektor derselben an den Wahlen nicht teilnimmt

¹ Die Christliche Aktionspartei noch weniger. (Sie fordert Souveränität, eine Entscheidung der Statusfrage, ohne sich auf einen Status festzulegen.)

und Stimmhaltung fordert. Zu diesem Sektor gehören die Nationalisten unter Dr. Pedro Albizu Campos und seinem Stellvertreter José A. Otero und das MPI unter Juan Mari Bras, der einen Teil seiner Aktion auf die Vereinten Nationen konzentriert. Die revolutionären Organisationen unterstützen die Sache der kubanischen Revolution, ohne unbedingt mit allen Maßnahmen der Regierung Castros einverstanden zu sein, zumal das puertorikanische Volk jede Diktatur ablehnt.

Der geistige Einfluß der Unabhängigkeitsbewegung ist viel größer, als aus den Wahlergebnissen hervorgeht. Es wurde schon erwähnt, daß zahlreiche grundsätzliche Anhänger der Unabhängigkeit aus wirtschaftlich-sozialen Gründen für Muñoz Marins Partei stimmen. Muñoz, einer der geschicktesten Politiker Lateinamerikas, weiß sehr wohl, daß die Mehrheit seines Volkes den gegenwärtigen Status der Insel keineswegs als endgültig betrachtet, und verkündete deshalb seine Absicht, den «Assoziierten Freistaat» zu verbessern, seine Autonomie auszubauen. Wie die verbesserte Autonomie aussehen soll, hat er aber nicht klargestellt, und seine Andeutungen lassen darauf schließen, daß es sich immer noch um eine Formel handeln dürfte, die weder Fisch noch Fleisch ist. Dabei ist es ganz ungewiß, ob der amerikanische Kongreß sich mit ihr einverstanden zeigen würde, falls sie vom puertorikanischen Volke gutgeheißen wird. Über die Art einer Volksabstimmung, die Fassung der dem Volke vorzulegenden Frage, haben die Demokratische Volkspartei und die Republikaner sich noch nicht geeinigt; und die Verhandlungen der neuen puertorikanisch-amerikanischen Statuskommission in Washington werden vermutlich langwierig sein.

Nicht nur Ferré ist ein bedeutender Gegenspieler Muñoz Marins und Sánchez Vilellas, sondern auch Albizu Campos, der seit 1956 durch einen Schlaganfall halb gelähmt ist, fast nicht sprechen kann, keine Massenpartei hinter sich hat, in seinem Aufstand vom 30. Oktober 1950 scheiterte, aber dennoch auf Grund seiner Ehrlichkeit, seines patriotischen Idealismus, seines Mutes und selbstlosen Opferwillens die Achtung zahlloser Puertorikaner, die Bewunderung von Millionen von Lateinamerikanern, Asiaten, Afrikanern genießt, in der Welt noch bekannter sein dürfte als Muñoz Marin und das lebende Nationalgewissen Puerto Ricos darstellt. Dr. Pedro Albizu Campos (geb. 1891), ein immer noch bezaubernd liebenswürdiger, warmherziger Mann, dessen Nationalistische Partei in den dreißiger Jahren ihren Höhepunkt erreichte, muß heute weniger eine politische als eine moralische oder moralisch-politische Macht genannt werden. Muñoz Marin wäre der letzte, diesen brillanten Kopf zu unterschätzen. War es mehr die Angst vor ihm, war es mehr eine Rache, die ihn, den kranken, alten Nationalistenführer so lange in Haft halten ließ? Es ist hier nicht möglich, die juristischen Einzelheiten des Falles zu erörtern. Soviel sei bemerkt, daß selbst amerikanische Zeitungen die Recht-

mäßigkeit der Verhaftung (das heißt Wiederverhaftung) Albizus im Jahre 1954 bezweifelt haben und sogar (im Jahre 1964) zwei der Richter des an sich von Muñoz Marin ernannten Obersten Gerichtshofes von Puerto Rico. Seit seinem Schlaganfall erhielt der Staatsgefangene zwar die denkbar beste Pflege im Presbyterianischen Krankenhaus in San Juan, weil sein Tod in der Haft für Muñoz sehr unangenehm gewesen wäre, einen Sturm der Entrüstung in Lateinamerika und den früheren Kolonialländern ausgelöst hätte (und natürlich im kommunistischen Osten). Aber zehn Jahre lang stand Albizu unter einem Besuchsverbot (und es wurden nur ganz wenige Ausnahmen bewilligt). So war ihm ein Recht entzogen, dessen sich sogar verurteilte Mörder erfreuen – eine Härte, die auf dem Kranken besonders schwer lasten mußte.

Aber die Weltmeinung (über die einst die Nazi gerne spotteten) ist kein leerer Wahn . . . In den USA selbst setzen sich seit Jahren die Pazifistin Ruth Reynolds und der (farbige) Rechtsanwalt Conrad Lynn für Albizu ein. Sie waren bereit, den Fall vor den Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten zu bringen . . . In den Vereinten Nationen zogen sich Wolken gegen Muñoz zusammen. Das war ihm und seinen Herren und Meistern in Washington unliebsam; denn sie bemühen sich so eifrig, den Lateinamerikanern und auch den Asiaten und Afrikanern Puerto Rico als ein Beispiel für die Überwindung des Kolonialismus ohne Nationalismus und unter Zusammenarbeit mit den USA vorzudemonstrieren¹. Jene Völker waren jedoch weniger denn je gesonnen, den dunkelhäutigen Gefangenen im Presbyterianischen Krankenhaus zu vergessen. Auch konnte Muñoz die nicht von der Hand zu weisende Möglichkeit einer Entscheidung des Obersten Gerichtshofes in Washington zugunsten Albizus nicht riskieren. (Der Oberste Gerichtshof ist der Weltmeinung gegenüber bei seinen Urteilen nicht gleichgültig . . .) Er mußte eine solche moralische Ohrfeige vermeiden und wollte sich einen guten Abgang sichern, nachdem er beschlossen hatte, die Gouverneurswürde nach 16 Jahren niederzulegen und in den puertorikanischen Senat zurückzukehren. Es war politisch klug, seine Regierungszeit mit einem Gnadenakt zu beenden. Entgegen seiner Behauptung war die Begnadigung Don Pedros kein humanitärer, sondern ein politischer Schritt. Hätten humanitäre Beweggründe bei Muñoz Marin den Ausschlag gegeben, dann hätte er Dr. Albizu Campos schon nach dem Schlaganfall vor zehn Jahren freilassen müssen, der dem Nationalistenführer eine eigentliche politische Tätigkeit ohnehin äußerst erschwerte . . .

Es ist einer der nur scheinbaren Widersprüche der Geschichte, daß die Regierung Muñoz Marin von Anfang an in ihrer sehr aner kennenswerten

¹ Wenige Tage nach der Resolution der Vereinten Nationen im November 1964 verkündete die amerikanische Regierung die Rückgabe ehemaliger spanischer Kronländer in der Hauptstadt San Juan, die seit 1898 im Besitze der amerikanischen Armee waren, an die puertorikanische Regierung . . .

Pflege der puertorikanischen Kultur (wenn auch uneingestanden) von jenem Nationalbewußtsein geleitet worden ist, das vor dem Zweiten Weltkrieg durch Don Pedro Albizu Campos mehr als von jedem anderen gestärkt, ja wiedererweckt wurde. Was man auch immer von der einstigen Taktik Don Pedros halten mag, welche den Terrorismus als Verteidigung gegen die unrechtmäßige Gewalt des Kolonialismus nicht ausschloß (ähnlich wie später in verschiedenen Ländern Asiens und Afrikas), so ist jedenfalls seine Rolle als einer der großen Lehrer und als Freiheitsapostel seiner Nation und als einer der Pioniere des modernen Antikolonialismus nicht zu leugnen, auf der die internationale Geltung dieser Gestalt beruht.

Luis Muñoz Marin, eine vielschichtige, hochbegabte Persönlichkeit mit nicht wenigen gewinnenden Zügen, wird trotz allem als einer der großen Männer seines Volkes, als ein Retter aus tiefer Not und Hoffnungslosigkeit, als aufbauender Staatsmann in die Geschichte eingehen.

Unter Puerto Ricos Künstlern und Intellektuellen, auch solchen, die mit der Regierung zusammenarbeiten, ist die Unabhängigkeitsidee besonders lebendig, nicht selten zusammen mit der Idee durchgreifender wirtschaftlich-sozialer Strukturreformen. (Dr. Albizu Campos hat die nationale Frage durchaus mit der sozialen verbunden; doch will die Nationalistische Partei die Frage Kapitalismus oder Sozialismus dem Volke nach Erwerbung der Unabhängigkeit zur demokratischen Entscheidung überlassen . . . Dem kubanischen Castroismus steht das MPI nicht unkritisch gegenüber; die Unabhängigkeitspartei lehnt ihn ab.) Das Argument der Kleinheit und wirtschaftlichen Schwäche der Insel wird von den Anhängern der Unabhängigkeit mit dem Hinweis auf das Ziel einer Föderation lateinamerikanischer Staaten mit gemeinsamem Markt oder auf die Idee einer Föderation der Antillenländer Kuba, Dominikanische Republik und Puerto Rico beantwortet (letztere im 19. Jahrhundert von Eugenio Maria de Hostos erdacht).

Muñoz Marins «Assoziierter Freistaat» ist vorläufig unerschüttert. Aber die geistig-politischen Wechselwirkungen zwischen Puerto Rico und der Entwicklung Lateinamerikas sind nicht außer acht zu lassen. Und wirklich befriedigen kann der gegenwärtige Status die Mehrheit der Puertorikaner nicht. Alte und neue Organisationen verlangen die Souveränität des puertorikanischen Volkes. In der Zukunft wird sich dieser Ruf eines Tages nicht mehr stillen lassen. Ob aber dann die Souveränität die Form der Unabhängigkeit oder des Eintritts in die Union als 51. Bundesstaat der USA oder einer echten Autonomie nach dem Vorbild des Abkommens von 1897 annehmen wird, das hängt weitgehend von den künftigen Ereignissen im Kräftefeld Vereinigte Staaten – Lateinamerika – Asien – Afrika ab. Eines ist gewiß: Puerto Ricos Volkstum wird sich zu behaupten wissen.